



Mildbader Tagblatt

Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enzthal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.40 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im In- und Auslande monatlich 1.76 RM. Einjahrespreis 16 RM. — Adressen: Nr. 59 bei der Oberamtspoststelle Wildbad, Zweigstelle Wildbad. — Bankkonto: Sparkasse Wildbad; Postbank Wildbad. — Postfach Nr. 2174 Stuttgart.
Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum im Betrag Grundpreis 15 Pf., aufserhalb 20 Pf. — Nationalzeitung 50 Pf. Rabatt nach Tarif. Alle Offerten und bei Anzeigenerstellung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenernahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Renzursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.
Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstraße 96, Telefon 479. — Wohnung: Hans Bolmer

Die Kanzlerbesprechungen über die Präsidentenwahl

Berlin, 8. Januar. Die Blätter beschäftigen sich lebhaft mit den gestrigen Besprechungen des Reichskanzlers mit Adolf Hitler und mit den Führern der Sozialdemokratie über eine Wiederwahl des Reichspräsidenten v. Hindenburg. Die „Vossische Zeitung“ glaubt zu wissen, Hitler habe keine Bedingungen gestellt. Der Reichspräsident habe ja auf die Aufforderung Brüning's erklärt, er stimme der Verlängerung seiner Amtszeit nur zu, wenn alle Parteien ohne politische Bedingungen sich mit seiner Wiederwahl einverstanden erklären.

Der „Vorwärts“ teilt mit, die Vertreter der Sozialdemokratie hätten dem Reichskanzler erklärt, die Entscheidung der Stellungnahme zu der Frage, ob, wie seinerzeit beim Reichspräsidenten Ebert, statt einer Neuwahl der Reichstag die Verlängerung der Amtszeit beschließen solle und wie die sozialdemokratische Fraktion dabei stimmen würde müsse der Fraktion vorbehalten bleiben. Die sozialdemokratische Fraktion könne aber nicht daran denken, ein „Wischen der Reichsregierung und der Rechten etwa abgepfiffenes Handelsgeschäft durch ihre Mitwirkung rechtsträchtig werden zu lassen. Voraussetzung für die Mitwirkung der sozialdemokratischen Fraktion sei, daß sie sicher darauf rechnen könne, daß den Reichsparteien keinerlei Zusicherungen der Reichsregierung gemacht werden. Andernfalls müßte auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion Forderungen und Bedingungen aufstellen.

Das „Berliner Tageblatt“ spricht von „Neuwahl als Geschäft“ und von „unannehmbaren Bedingungen Hitlers“. Der „Börsencourier“ meint, die Parteien brauchten auf nichts zu verzichten, sondern sie müßten nur verhindern helfen, daß durch eine Präsidentenwahl „die Außenpolitik und die Wirtschaft zerrütelt“ werde.

Die „Börsenzeitung“ berichtet, Hitler habe die Zustimmung seiner Partei zur Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs u. a. auch davon abhängig gemacht, daß der Reichskanzler sich nicht länger weigern dürfe, die volle Berechtigung und Gehaltsleiter der Nationalsozialistischen Partei in aller Form anzuerkennen. Er habe ferner Gewähr für die ordnungsmäßige Ausschreibung der Preußenwahlen und eine den Wahlergebnissen entsprechende Neubildung der preussischen Regierung verlangt. Ferner sollten in beide Neuwahlen im Reich vorgenommen werden, da die Zusammenfassung des Reichstags der Volksstimmung nicht mehr entspreche.

Der „Tag“ sagt, eine Verlängerung der Amtsdauer des Reichspräsidenten würde schon deshalb ein Entgegenkommen an Brüning bedeuten, weil dieses Verlangen von ihm ausgegangen sei. Die bisherige Methode der Rotverordnungen ließe sich wahrscheinlich unter einem anderen Reichspräsidenten kaum mehr fortsetzen. Es sei selbstverständlich, daß die nationale Opposition, wie es seither die Sozialdemokratie getan habe, gewisse Bedingungen stellen müsse, wie z. B. Sicherung gegen Mißbräuche bei den Preußenwahlen usw. Ferner sei zu bedenken, daß ein Entgegenkommen auf die Wünsche des Kanzlers auch eine gewisse Festlegung in außenpolitischen Fragen bedeuten könnte. Wenn eine Vereinbarung mit den Parteien zustande käme, so könnte der Kanzler diese „Einheitsfront“ auch auf der Reparationskonferenz in Lausanne ins Feld führen. Und diese Einheitsfront würde in allen ihren Teilen Gefahr laufen, später für die Außenpolitik verantwortlich gemacht zu werden, auch wenn diese Außenpolitik wieder die Formen des bisherigen Systems annähme.

Was tut der Reichstag?

Berlin, 8. Jan. Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei wird am Samstag zu der Frage der Präsidentenwahl Stellung nehmen. Der Parteiführer Dr. Hugenberg trifft Samstag früh in Berlin ein. — Die Fraktion der Wirtschaftspartei hat sich für die Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs durch den Reichstag erklärt. — Die Fraktion der Bayerischen Volkspartei wird am Dienstag und diejenige der Sozialdemokratischen Partei ebenfalls in nächster Woche Beschluß fassen.

Die für Dienstag angelegte Vorkonferenz wird auf jeden Fall stattfinden. Es ist jedoch möglich, daß in dieser Sitzung noch keine Entscheidung über die Einberufung des Reichstags fällt, weil die Vorverhandlungen über die Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten vielleicht bis dahin noch nicht zum Abschluß gekommen sind.

Noch ganz ungeklärte Lage

Berlin, 8. Jan. Die weitere Besprechung zwischen dem Reichskanzler Brüning, Reichsminister Brüning und Hitler dürfte erst am Samstag stattfinden, da Hitler erst mit Geheimrat Hugenberg sprechen will. Außerdem hat Hitler die Absicht, vorher nach Lippe zu fahren, um dort am Freitagabend an einer Parteiverammlung teilzunehmen. Heute vormittags fand eine Besprechung Hitlers mit einer großen Anzahl Unterführer statt, die nach Berlin be-

Tagespiegel

Die Wahlen zum preussischen Landtag sollen, wie amtlich verkündet wird, gemäß der Verfassung vor dem 20. Mai d. J. stattfinden. — Nach der preussischen Verfassung haben die Neuwahlen des auf vier Jahre gewählten Landtags vor Ablauf seiner Zeit stattzufinden. Der gegenwärtige Landtag wurde am 20. Mai 1928 gewählt.

Auf dem oldenburgischen Parteitag des Zentrums erklärte Prälat Kaas, das Kampffeld für die Reparationsfrage sei moralisch vorbereitet. Die zerstörenden Wirkungen der französischen Tributpolitik seien heute im Gefüge der Weltwirtschaft so offenbar, daß die Aussichten für ein Gelingen der reparationspolitischen Durchbruchschlacht stärker seien als in der Vergangenheit. Die Frage der Präsidentenwahl müsse aus den Niederungen parteipolitischer Behandlung und Interessen herausgehoben werden.

Die Kohlenkonferenz in Genf ist am Donnerstag beendet worden. Der Erfolg scheint nicht groß gewesen zu sein.

Der rumänische Außenminister Ghika ist in Warschau eingetroffen. Dem Besuch wird besondere politische Bedeutung beigemessen.

Der Kaiser von Japan hat den Erminister Inukai mit der Weiterführung der Geschäfte beauftragt.

rufen worden waren, weil Hitler sich über die Stimmung in der Partei und bei den SA unterrichten wollte.

Was der Schritt des Reichskanzlers für einen Erfolg haben wird, läßt sich noch keineswegs voraussagen. Grundfähig wäre die Sozialdemokratie für die Amtverlängerung, aber nur wenn der Rechten keinerlei Zusagen gemacht werden.

Der „Völkische Beobachter“ zu den Berliner Besprechungen

Berlin, 8. Jan. Im „Völkischen Beobachter“ wird betont, es politischen Kreisen erblicke man in der Unterredung des Reichskanzlers mit Hitler die Anerkennung der Tatsache, daß auch die Reichsregierung an der nationalsozialistischen Bewegung nicht mehr vorübergehen könne, zumal eine so wichtige Frage, wie sie in den Besprechungen angeschnitten wurde, ohne die NSDAP nicht zu entscheiden sei. — Zu den Auslassungen des „Vorwärts“ bemerkt der „Völkische Beobachter“: Daß die Verlängerung des verfassungswidrigen Zustands, der die fortgesetzten Verfolgungen der NSDAP durch rote Länderregierungen erlaubt, im Sinn der Wünsche der Sozialdemokratie liegt, glauben wir gern. Aber wir glauben nicht, daß das der Sinn einer Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten sein kann. Der „Vorwärts“ müßte anerkennen, daß jede nationalsozialistische Zulage zunächst einmal mindestens die Wiederherstellung gleicher verfassungsmäßiger Rechte für alle politischen Parteien zur Voraussetzung haben müßte.

Rücktritt des Kabinetts Laval

„Nationale Einheitsfront“

Paris, 8. Jan. Die Blätter berichten, Ministerpräsident Laval werde den Tod des Kriegsministers Maginot benützen, um voraussichtlich nächsten Mittwoch dem Staatspräsidenten den Rücktritt des Gesamtkabinetts anzubieten. Ohne Zweifel werde er vom Präsidenten wieder mit der Neubildung beauftragt und Laval werde dann versuchen, ein Kabinett der „nationalen Einheitsfront“ auf breiterer Grundlage zustande zu bringen. Briand solle dabei ausgebaut werden.

Die sozialistischen Blätter „Populaire“ und „Deuxième“ erklären, Laval solle sich bezüglich einer Beteiligung der Sozialisten an dem neuen Kabinett keinen Täuschungen hingeben. Allein die in drei Monaten stattfindenden Wahlen können über das neue Kabinett entscheiden, und nicht Franklin Bouillon, von dem der Gedanke der „nationalen Einheitsfront“ in Wirklichkeit stamme. Die radikalen Blätter sagen, die einzig richtige Politik sei die Briands gewesen. Sein Gesundheitszustand sei durchaus nicht so, daß er nun kaltgestellt werden sollte. Auch andere Blätter haben hervor, daß die Bildung eines Kabinetts der Absicht Laval's, das ihm eine starke Stütze für die Reparations- und die Abrüstungskonferenz sein solle, große Schwierigkeiten machen werde.

Amerikanische Note an China und Japan

Washington, 8. Jan. Außenminister Stimson sandte der chinesischen und der japanischen Regierung eine gleichlautende Note, in der er darauf hinweist, daß durch die

kürzlichen militärischen Vorgänge um Tschinkschau der letzte Rest der chinesischen Verwaltungsautorität in der Südmandschurei zerstört sei. Die amerikanische Regierung könne die dadurch geschaffene Lage nicht als eine von Rechts wegen bestehende betrachten. Sie werde keine Abkommen zwischen den beiden Regierungen anerkennen, welche die vertraglichen Rechte der Vereinigten Staaten in China verletzen. Amerika werde auch kein Abkommen anerkennen, das gegen den Kelloggpaß verstoße. Amerika zweifle Japans Vertragsrechte in der Mandschurei nicht an und beabsichtige nicht, sich damit zu befassen. Es wolle sich auch nicht in ein japanisch-chinesisches Abkommen zur Beilegung des gegenwärtigen Streifens einmischen unter zwei Bedingungen: Nichts in einem derartigen Abkommen darf Amerikas Rechte bezüglich der Offenen Tür verletzen. Zweitens darf das Abkommen nicht unter Verletzung der im Kelloggpaß festgelegten Methoden erreicht werden.

Stimson hat den Inhalt der Note allen neun Mächten bekanntgegeben, die seinerzeit den Vertrag über die „Unverletzlichkeit des chinesischen Gebiets“ unterzeichnet haben. Unter diesen Mächten befindet sich natürlich auch Frankreich, das jetzt mit den Japanern gemeinsame Sache macht. Für den Völkerbund ist es außerordentlich beschämend, daß Amerika die Schritte tun muß, die Sache des Völkerbunds wären.

Japan hat der Zusammensetzung der völkerbündlichen Untersuchungskommission für die Mandschurei, in der Frankreich hervorragend vertreten ist, zugestimmt.

Die Japaner haben die Stadt Schanghai von der Großen chinesischen Mauer das Meer her besetzt.

Als Nachfolger des Dr. Sze ist der chinesische Gesandte in Washington, Yen, zum Vertreter Chinas im Völkerbund ernannt worden.

Japan und die amerikanische Note

New York, 8. Jan. Eine Meldung der Associated Press aus Tokio besagt, die amerikanische Note sei in Tokio noch nicht veröffentlicht worden. Japan stehe auf dem Standpunkt, daß die Mandschurei nur Japan und China angehe und daß sich daher kein Dritter einzumischen habe.

Bombenanschlag auf den Kaiser von Japan

Tokio, 8. Jan. Auf den Kaiser von Japan wurde während seiner Rückfahrt von einer militärischen Parade eine Bombe geworfen. Die Bombe platzte neben einem Wagen, der hinter dem des Kaisers fuhr. Niemand wurde verletzt. Der Täter, ein Koreaner, wurde sofort verhaftet. Er hatte eine zweite Bombe in der Tasche.

Rücktrittsgesuch des japanischen Kabinetts

Tokio, 8. Jan. Der Ministerpräsident hat das Rücktrittsgesuch des Kabinetts eingereicht. — Das Kabinett Inukai (Minseito-Partei) hatte die Regierung am 13. Dezember vorigen Jahres, also knapp einem Monat, übernommen.

Der Grund des Rücktritts soll darin liegen, daß das Kabinett es sich zum Vorwurf macht, daß es den Anschlag gegen den Kaiser nicht habe verhindern können. Sollte das Rücktrittsgesuch angenommen werden, so wird die Bildung einer nationalen Regierung für wahrscheinlich gehalten.

Neue Nachrichten

Vorbereitungen für Lausanne

Berlin, 8. Jan. Gestern abend trat der Reparationsausschuß des Reichskabinetts zusammen, um die Konferenz von Lausanne vorzubereiten. An der Beratung nahmen auch die Botschafter Dr. v. Hoersch-Batis, Dr. v. Neuner in London und Dr. v. Schubert-Rom teil, die zu diesem Zweck nach Berlin gekommen waren. Es wurde wiederum festgestellt, daß bei der Konferenz in Lausanne für Deutschland nur eine endgültige Lösung in Frage kommen könne. Im Anschluß an die Sitzung hatte der Kanzler noch eine Besprechung mit den Botschaftern, die zunächst bis Samstag in Berlin bleiben werden, um an einer neuen Sitzung teilzunehmen.

Wiederwahl des anhaltischen Ministerpräsidenten

Desau, 8. Jan. In der heutigen Landtagsitzung wurde der Ministerpräsident Veit (Soz.) mit den Stimmen der Linken wiedergewählt. Die Rechte hat bereits einen neuen Mißtrauensantrag gegen das Staatsministerium gestellt.

Empfang beim Reichspräsidenten

Berlin, 8. Jan. Der Herr Reichspräsident empfing heute den deutschen Botschafter beim Heiligen Stuhl, Dr. von Bergen.

Mutmaßungen über die Reparationsregelung

London, 8. Jan. Der diplomatische Mitarbeiter der „Financial News“ schreibt: In gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen wird folgende Reparationsregelung als möglich bezeichnet: Die Lausanner Konferenz werde ein zweijähriges Moratorium genau nach dem Youngplan beschließen. Die ungezügelt anwachsenden Zahlungen sollen wieder Deutschland bzw. der Deutschen Reichsbahn als verzinsliches Darlehen zurückgeliehen werden (wodurch die Reichsbahn immer mehr in die Abhängigkeit des Auslands, d. h. Frankreichs, das die ungezügelt anwachsenden Zahlungen in der Hauptsache erhält, geraten würde, D. Schr.). Dann werde sich die Konferenz bis zum Juli vertagen, wo eine inzwischen von Ausschüssen vorbereitete endgültige Regelung versucht werden solle, die von einer entsprechenden Neuordnung der Schuldvereinbarung mit Amerika abhängig sein würde. Man hoffe, daß die Vereinigten Staaten ihre Haltung ändern werden, wenn alle Parteien Opferbereitschaft zeigen.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ hört, daß die Idee, die Lausanner Konferenz sollte praktische Pläne bis nach den französischen Wahlen aufschieben, von dem Kabinettsausschuß für Reparationen ebenfalls abgelehnt werde, wie der andere Vorschlag eines „elastischen“ Moratoriums. Man sei der Meinung, in beiden Fällen werde nicht genügend auf gewisse politische und psychologische Faktoren Rücksicht genommen.

Clond George für Streichung der Schulden

London, 8. Jan. Bei seiner Rückkehr nach England erklärte Clond George: Alle Kriegsschulden und Reparationen müssen gestrichen werden. Diesen Standpunkt habe ich schon 1922 vertreten und tue es noch heute.

Die Völkerverbund-Presskonferenz

Kopenhagen, 8. Jan. Die internationale Presskonferenz, die auf Einladung der dänischen Regierung, im wesentlichen aber auf Grund der Völkerverbundsanregungen am Montag hier eröffnet wird, soll in erster Linie auf ein besseres Zusammenwirken zwischen den amtlichen Pressestellen, den Nachrichtenagenturen und der Weltpresse hinarbeiten, und zwar mit dem Ziel, dem Frieden durch Vermeidung und Unterdrückung falscher und tendenziöser Nachrichten zu dienen. Auch ein von der polnischen Regierung der 12. Völkerverbundversammlung vorgelegtes Memorandum, das sich mit der „moralischen Abrüstung“ befaßt, wird dabei eine Rolle spielen.

Ansarj verhaftet

Dehli, 8. Jan. Der stellvertretende Vorsitzende des Indischen Kongresses, Ansarj, ist verhaftet worden. Besondere Richter wurden ernannt, die die Vergehen gegen die Notverordnungen zu ahnden haben werden und Vollmacht haben, Strafen bis zu 7 Jahren Gefängnis zu verhängen.

Zeitungsverbot. Der nationalsozialistische „Angriff“ ist heute vom Berliner Polizeipräsidenten auf sieben Tage verboten worden wegen zwei Artikeln, in denen eine Verächtlichmachung der Justiz und eine Herabwürdigung der jüdischen Religionsgemeinschaft erlitten wird.

Staatspreise für den Deutschen Sängerbund

In dem Wettbewerb für Kompositionen für den Deutschen Sängerbund sind Staatspreise zuerkannt worden: 1. Kellius, Georg, Neheim a. R.: „Aus deutscher Not“, Oratorium für Soli, Gemischter Chor, Kinderchor und Orchester (2500 M.). 2. Jochem, Otto, Augsburg, „Der jüngste Tag“, Oratorium für Soli, Gem. Chor und Orchester (2500 M.). 3. Jochem, Otto, Augsburg, „Begleitete alte Weisen“ für Männerchor (1000 M.). 4. Dohr, Rudolf, Dr. Brüg, „Schnitter Tod“ für Gem. Chor mit Orchester (1000 M.). 5. Kellius, Georg, Neheim a. R. „Deutsche Messe“ (700 M.). 6. Kellius, Georg, Neheim a. R., „Ruhrgeliebte“ (500 M.). 7. Pfeiffer, Hubert, Wuppertal-Barmen, „Choral-Roteite“ für unbegleiteten Männerchor (400 M.). 8. Pfeiffer, Hubert, Wuppertal-Barmen, „Roteite“ für unbegleiteten Gem. Chor (350 M.). 9. Sgkora, Frz., Ellbogen bei Karlsbad, „Zwei Königskinder“ für unbegleiteten Gem. Chor (350 M.). 10. Gatter, Julius, Plauen i. V., „Zwei alte Tanzlieder“ für unbegleiteten Gem. Chor (350 M.). 11. Ditté, Louis, Wien, „Ein Russtus wollt fröhlich sein“ für unbegleiteten Männerchor (350 M.).

Die preisgekrönten Kompositionen sind sämtlich Chorwerke, die beim 11. Deutschen Sängerbundsfest im Juli d. J. in Frankfurt a. M. zur Aufführung kommen werden.

Württemberg

Stuttgart, 8. Januar.

Todesfall. Der Führer der württ. Sozialdemokratie, Karl Sperka, ist im Alter von 78 Jahren gestorben. 58 Jahre lang gehörte er der Sozialdemokratischen Partei an. Als Handschuhfabrikant kam er 1883 nach Stuttgart.

Der Arbeitsmarkt Südwestdeutschland. Am 31. Dezember 1931 standen in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenversicherung 101 588, in der Krisenunterstützung 74 242 Personen. Die Gesamtzahl der Unterstühten stieg um 15 687 oder um 9,8 v. H. von 160 141 auf 175 828 Personen (145 144 Männer, 30 684 Frauen). Davon kamen auf Württemberg 76 258 gegen 68 402 und auf Baden 99 570 gegen 91 739 am 15. 12. 1931. Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 31. Dezember 1931 auf 1000 Einwohner 35,0 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung gegen 26,6 zur gleichen Zeit des Vorjahres. Insgesamt waren Ende Dezember bei den württ. und badischen Arbeitsämtern 311 591 Personen als Arbeitsuchende vorgemerkt; davon waren 300 863 oder 96 v. T. der Wohnbevölkerung arbeitslos.

Antrag auf Einführung der Filial- und Warenhaussteuer in Württemberg. Vom Württ. Handwerkskammertag wird mitgeteilt, daß am 5. Januar d. J. eine Eingabe an das württ. Staatsministerium, die auch den übrigen württ. Staatsministerien zugeleitet wurde, betreffend die Einfüh-

rung einer Filial- und Warenhaussteuer, gerichtet worden sei. In dieser Eingabe wurde gleichzeitig noch darauf hingewiesen, daß eine schärfere Heranziehung der Konsumvereine und der Wandergewerbetreibenden zur Gewerbesteuer geboten erscheine. Auch wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Besteuerung der freien Berufe möglichst rasch zur Einführung gelange. Auch der Landesverband des Württ.-Hohenz. Handwerks e. V. in Stuttgart hat sich mit einer eingehend begründeten Eingabe an das württ. Staatsministerium und das Wirtschafts- und Finanzministerium gewandt, in der er ebenfalls die Einführung der Filial- und Warenhaussteuer in Württemberg vom 1. April 1932 abdringend befürwortet.

Kostlage im Baugewerbe. Der Württ. Handwerkskammertag ist betriebs der Kostlage im Baugewerbe mit einer Eingabe an das Württ. Staatsministerium mit dem Ersuchen herangetreten, es möchte ermöglicht werden, daß die bei der Wohnungskreditanstalt bereits vorliegenden Darlehensgesuche beschleunigt werden können; ebenso möchten für 1932 zur Vornahme besonderer Reparaturen an Altmwohnungen aus dem Anfall der Gebäudeverschuldungssteuer an die Wohnungskreditanstalt Mittel zugewiesen werden.

Gesellenprüfungen der Handwerkskammer Stuttgart. Die Handwerkskammer Stuttgart veranstaltet im Frühjahr 1932 wieder Gesellenprüfungen für alle Gewerbe des Kammerbezirks.

Gebührenfreiheit zugunsten der Kriegshilfe Württemberg. Das Innen- und das Wirtschaftsministerium haben bestimmt: Die in der Reichsfinanzverordnung vorgesehene Befreiung von Gebühren und Stempeln gilt auch bei Leistungen 1. der Kriegshilfe Württemberg in Stuttgart und 2. der Kreditgemeinschaft gemeinnütziger Selbsthilfeorganisationen Deutschlands G. m. b. H. in Berlin.

Landesversammlung des württ. Bauernbunds. Die diesjährige Landesversammlung des Württ. Bauern- und Weingärtnerbunds findet am Sonntag, 17. Januar, nachmittags im Festsaal der Viederhalle statt.

Militärkonzerte. Der Kartenvorverkauf für die großen Militärkonzerte in der Stadthalle am 19. und 20. Januar, abends 8 Uhr, findet statt vom 12. bis 19. Januar, 2 Uhr nachmittags, bei H. Auer, Colmer Straße 43, Sulze u. Galler, Kanzleistraße 10, und H. Ruchhäberle, Cannstatt, Königstr. 54. In den beiden Nachmittagen werden die Konzerte als Schillerkonzerte gegeben. Die Konzerte werden von 9 Militärkapellen und den Spielern von 3 Bataillonen ausgeführt. Der Ertrag ist bekanntlich für den Wiederaufbau des Alten Schlosses und für die Württ. Nothilfe bestimmt.

Strafvollstreckung gegen Militärpersonen. Infolge einer Vereinbarung des Reichs und der Landesjustizverwaltungen werden künftig von bürgerlichen Gerichten gegen Militärpersonen erkannte Freiheitsstrafen auch von längerer als sechsmonatiger Dauer bis zu drei Monaten auf Ersuchen der bürgerlichen Strafvollstreckungsbehörden durch die Militärbehörden vollzogen, solange die Verurteilten Militärpersonen sind. Die Strafen werden in der Standortarrestanstalt in Hannover vollzogen, die der militärischen Aufsicht und Verwaltung unterstellt bleibt. Die Kosten für die Reise oder Beförderung von Verurteilten zur Standortarrestanstalt in Hannover und für die Reise oder Beförderung zu ihrem Aufenthaltsort nach der Verhängung der Strafe trägt das Reich. Die Strafvollstreckungsbehörden haben hieneb bei Strafen, deren Vollstreckung nach dem 31. Dezember 1931 eingeleitet wird, gegebenenfalls die Militärbehörden um Vollstreckung zu ersuchen.

Sammlung für die Feuerwehrleute. Die Sammlung des Stuttgarter Neuen Tagblatts für die Feuerwehrleute aus Anlaß des Brands im Alten Schloß hat 4531 Mark ergeben, die an die Unterstützungskasse der Berufsfeuerwehr überwiesen worden sind.

Zeitungsbeschlagnahme. Die Nr. 1 der kommunistischen Wochenzeitung „Schwäbisches Echo“ vom 7./8. 1. 32 ist auf Grund der 1. und 2. Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen beschlagnahmt worden.

Aus dem Lande

Kornweiskheim, 8. Jan. Vorsicht beim Verbrennen von Papier und Holzwole. Am Dienstag nachmittag ist in einem hiesigen Geschäftshaus in der Zentralheizungsanlage im Erdgeschoß Feuer ausgebrochen. Eine Frau wollte entbehrlische Holzwole in der Anlage verbrennen; sie stopfte einige Hände voll in die Feuerung. Plötzlich sprang eine Stichflamme die Heizungsstür auf und legte die vor dem Ofen befindliche Holzwole in Brand. Das Feuer und die Rauchentwicklung war so stark, daß der Frau Haare und Augenbrauen verengt wurden. Die Bekertine hatte den Brand ohne daß größerer Schaden entstand, in kürzester Zeit gelöscht.

Lauffen a. N., 8. Jan. Tödlicher Sturz. Fischer Adam Seybold, der am Neujahrsmorgen infolge eines Schlaganfalls die Treppe seines Wohnhauses hinabstürzte, ist seinen Verletzungen erlegen. — Die etwa 70 J. a. Witfrau Dengler hier, die ebenfalls am Neujahrstag einen Schlaganfall erlitt, starb an den Folgen.

Aalen, 8. Jan. Selbstmord eines früheren Stadtrats. Fleischermeister Eugen Simon, bisheriger Stadtrat, hat sich in seiner Werkstätte erschossen. Finanzielle und wirtschaftliche Schwierigkeiten dürften die Ursache zu diesem verzweifelten Schritt gewesen sein.

Bloddingen, 8. Jan. Todesfall. Fabrikant Friedrich Müschenhorn, Gründer der Firma Fr. Müschenhorn u. Co. in Dettingen, starb nach einer Operation im Krankenhaus in Cannstatt. Unter seiner Leitung nahm das von ihm vor 26 Jahren gegründete Unternehmen einen großen Aufschwung.

Marbach, Olt. Münsingen, 8. Jan. Keine Hengstvorführung. Das württ. Landgestüt muß auch in diesem Jahr aus Erparnisgründen von der Abhaltung der in den letzten Jahren in Offenhausen veranstalteten Hengstvorführung Abstand nehmen.

Bad Liebenzell, 8. Jan. Ehrenbürgerrecht. Der Gemeinderat beschloß auf Vorschlag von Bürgermeister Mühlen einstimmig, den Stadträten Karl Baisch, Mühlensitzer, und W. Decker, Besitzer des Oberen Badhotels, das Ehrenbürgerrecht der Stadt zu verleihen. Stadtrat Baisch hat, nachdem er 40 Jahre lang ununterbrochen Mitglied des Gemeinderats war, eine Wiederwahl abgelehnt; Stadtrat Decker, welcher seit 36 Jahren Gemeinderatsmitglied ist, wurde bei der letzten Wahl mit der größten Stimmenzahl wiedergewählt.

Ergenzingen Olt. Rottenburg, 8. Jan. Brandstifter gefaßt. In der Angelegenheit des Scheuerbrands bei Aya-

Risch, Kolonial- und Eisenwaren, hier, konnte der Brandstifter in der Person der 15jährigen Josephine Roth aus Reichhalden Olt. Oberndorf ermittelt werden. Die Roth war als Dienstmädchen bei Risch beschäftigt. Sie wurde ins Amtsgerichtsgefängnis Rottenburg eingeliefert.

Trossingen, 8. Jan. Aus dem Fenster gestürzt. Die älteste Frau der Stadt, die im 90. Lebensjahr stehende Frau Anna Trichtinger Bwe, ist an der Hinterfront ihres Hauses in etwa 5½ Meter Höhe aus dem Fenster gestürzt. Dabei erlitt sie einen schweren Schädelbruch, der den Tod zur Folge hatte. Am 15. Januar hätte sie ihren 91. Geburtstag feiern können.

Treudensdorf, 8. Jan. Kurzaufenthalt des Bischofs. Bischof Dr. Joh. Bapl. Sproll ist von Rottenburg zum Kurzaufenthalt hier eingetroffen und im Kurhaus St. Elisabeth abgestiegen.

Heiligenzimmern in Hohenz., 8. Jan. Freiwillig aus dem Leben geschieden. Als gestern hier hiesigen Gemeindevorstand R. ein Beamter vom Landratsamt zwecks Revision erschien, hat sich ersterer durch Erschließen der Verantwortung entzogen. R. war schon seit dem Jahre 1911 Gemeindevorstand, Vorsitzender des Verbandes hohenz. Gemeindevorstände und Mitglied des Landesauschusses für Feuerlöschwesen.

Dürmenlingen Olt. Nellingen, 8. Januar. Brand. Am Donnerstagabend brannte das große Dekonomiegebäude des Hermann Gulde nieder. Das lebende Inventar konnte ganz, das tote nur zum Teil gerettet werden. Der Brandgeschädigte ist mit etwa 20 000 RM. versichert. Das abgebrannte Dekonomiegebäude war bereits im Oktober 1931 dem Feuer zum Opfer gefallen, ohne daß damals die Brandursache festgestellt werden konnte. Diesmal ist mit Bestimmtheit Brandstiftung zu vermuten, zumal der Besitzer und auch andere Einwohner vor einigen Wochen Drohbriefe erhielten, in denen ihnen Brand und Mord in Aussicht gestellt wurden.

Saulgau, 8. Jan. Verhaftungen. Am Dreikönigsfest konnten zwei Personen, eine männliche und eine weibliche, die in den letzten Tagen mehrere Schuppen an der Straße nach Moosheim erbrachen und dort nächtigten, festgenommen und an das Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert werden. Eine dritte männliche Person ist entkommen. Die Festgenommenen haben einen hiesigen Schäfer bedroht und angegriffen.

Lettnang, 8. Jan. Großfeuer. Nachts entstand im Dekonomiegebäude des Landwirts Emil Baur, dessen Hof in der Nähe von Ettentich im Oberamt Lettnang liegt, Feuer, das das große Wirtschaftsgebäude in Asche legte. Erhebliche Futtermittel und die Fabrik verbrannten. Nur mit Mühe konnte das Vieh aus den Ställen gezogen werden.

Betriebsstörungen auf den Bahnhöfen Schwäbischheim und Rottenburg. Die R.B.D. Stuttgart teilt mit: Auf dem Bahnhof Schwäbischheim entgleiste heute nachmittag 3.15 Uhr die Lokomotive eines Materialzugs infolge vorzeitiger Weichenumstellung. Verletzt wurde niemand. Das Hauptgleis Waiblingen-Badnang war vorübergehend gesperrt. Der Verkehr wurde durch Umsteigen in Schwäbischheim aufrecht erhalten. Die Personenzüge 2001 und 2003 Stuttgart-Badnang erhielten je eine Stunde Verspätung. — Am gleichen Tag nachmittags 3.30 Uhr entgleisten auf dem Bahnhof Rottenburg (Neckar) ebenfalls infolge vorzeitiger Weichenumstellung fünf Güterwagen. Verletzt wurde niemand. Die Störung war um 4.36 Uhr behoben. Der Personenzug 2825 Tübingen -- Horb erlitt 57 Minuten Verspätung.

Großfeuer

6 Häuser, 2 Schuppen abgebrannt

Hochmöffingen Olt. Oberndorf, 8. Jan. In den ersten Morgenstunden des Donnerstags brach in dem Dekonomieanwesen des Landwirts Joseph Ruf bei der Kirche, in unmittelbarer Nähe des Gasthofs zur Krone, ein Brand aus. Infolge des Südweststurms nahm der Brand sehr rasch große Ausdehnung an. Als bald standen weitere benachbarte Häuser in Flammen, so das Anwesen des Zimmermanns Anton Bantsle und die Gebäude von Elektromonteur Bernhard Diggeler. Kaufmann Joseph Frey und Konditor Bayer. Außerdem sind Nebengebäude von Joseph Frey dem Brand zum Opfer gefallen. Insgesamt sind sechs Häuser und zwei Schuppen abgebrannt. Der Gebäudeschaden wird auf 55—60 000 Mark, der Gesamtschaden einschließlich Mobiliar auf über 100 000 Mark geschätzt. Ein freiwilliger Feuerwehrmann, der Schneider K r m b r u s t e r, der mit einigen Kameraden das schwer gefährdete Haus seiner Schwiegereltern schützen wollte, erlitt durch Sturz einen schweren Schädelbruch, und mußte ins Krankenhaus nach Oberndorf eingeliefert werden. Verbrannt sind auch zwei Schweine. Die ganze Ortschaft war in größter Gefahr, weshalb viele Einwohner ihre Häuser räumen. Ein lohnender Mann mußte aus einem Haus auf der Bahre weggetragen werden. Die Brandursache ist noch nicht geklärt.

Bei der Bekämpfung des Feuers leisteten die Wehren von Weiden und Marktschloßzimmern Hilfe, ebenso die Feuerwehrleute von Schramberg und Oberndorf. Drei Feuerwehrleute mußten wegen Rauchvergiftung ins Oberndorfer Krankenhaus verbracht werden. Das Feuer wurde mit insgesamt zwölf Strahlrohren bekämpft und das Wasser teilweise alten Brunnen entnommen.

Lokales.

Wildbad, den 9. Januar 1932.

Milchpreisabschlag. Die Milchbesitzer Wildbads haben zu dem Milchabschlag Stellung genommen und sich dahin geäußert, den Lter Milch um den Preis von 26 Pfennig abzugeben. Sie begründen es damit, daß der Unterschied von 2 Pfennig zwischen Händler und hiesigen Erzeugern gerechtfertigt ist, da man hier in Wildbad viel teurer und beschwerlicher arbeitet als auf dem Lande und weil die Milch von den hiesigen Viehhaltern kömmlicher ist als die von auswärts eingeführte Milch. Jeder Abnehmer wird begreifen, was es heißt, in einem Kurort einwandfreie Milch zu haben und wird den Mehrpreis von 2 Pfennig wohl anerkennen.

Kirchenkonzert. Das vom Liedertag am Erscheinungsfest in der Ev. Stadtkirche veranstaltete Kirchenkonzert gestaltete sich zu einer erhebenden Feier, die bei allen Besuchern noch lange nachklingen wird. Der Organist Ludwig Kühn leitete mit dem Präludium und Fuge in E-Moll von S. Bach die Feier ein. Leichtfüßig geleiteten die Finger über die Tasten und verbanden sich mit den Pedal-